

DAS THEMA

Verwaltung bürger- und leistungsfähig

Gutachten der Expertenkommission bestätigt Diskussionslinie der LINKEN

Die Diskussion über zukunftsfähige Strukturen der Thüringer Landes- und Kommunalverwaltung müsse sachlich, zügig und ohne Denkverbote geführt werden, so der Tenor der Pressekonferenz der Fraktion DIE LINKE am 19. Februar mit dem Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow, dem kommunalpolitischen Sprecher Frank Kuschel und dem externen Sachverständigen der Linksfraktion Michael Menzel im Landtag in Erfurt.

Die LINKE, die schon seit mehreren Jahren Vorschläge für eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform unterbreitet hat und sich durch das Gutachten der Expertenkommission der Landesregierung in ihrem Vorgehen grundsätzlich bestätigt sieht, räumt dem Thema „oberste Priorität“ ein.

Dies betonte Bodo Ramelow, der zugleich die Grundsätze des Konzepts der Linksfraktion unterstrich: Die Verwaltung in Thüringen müsse zweistufig und einräumig, regional und kommunal organisiert werden. Ziel müsse „die Erhöhung der Leistungsfähigkeit sowohl der Verwaltungs- als auch der Gebietskörperschaften“ sein, sagte Frank Kuschel.

Nach den Vorstellungen der LINKEN sollen Bürgerinnen und Bürger unabhängig vom künftigen Sitz der Kreisverwaltung sämtliche Anliegen direkt in ihrer Kommune in Bürgerservicebüros

erledigen können (siehe auch untenstehenden Beitrag aus der Rede von Frank Kuschel im Landtag).

Vor dem Hintergrund des Berichts der Expertenkommission „Funktional- und Gebietsreform“ hatte die LINKE in einer Fraktionssitzung auf Grundlage der vom Erfurter Anwalt Michael Menzel vorgestellten Synopse eine erste Verständigung vorgenommen. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu den konzeptionellen Vorstellungen der LINKEN wurden verglichen, die Reformfolgen des Expertenberichts andiskutiert.

Gemeindemindestgröße

Laut dem Bericht sollten Gemeinden in Thüringen im Jahr 2015 mindestens 12.000 und 2050 mindestens 8.000 Einwohner haben. Begründung: Demographischer Wandel und steigende Verwaltungskosten. DIE LINKE hat in ihrem Positionspapier eine flexible Mindestgröße von 5.000 EinwohnerInnen benannt. Der Position der LINKEN entspricht die Aussage, dass größere Gemeinden bisherige Kreisaufgaben übernehmen können (Kreisstraßen, Schulträgerschaft, Abfallwirtschaft, Musik- und Volkshochschulen).

Kreisgebietsreform

Im Rahmen einer Kreisgebietsreform sollen acht Landkreise und zwei kreisfreie Städte geschaffen werden. DIE LINKE will keine größere, sondern andere Landkreise, nämlich Regionalkreise. DIE LINKE spricht sich für eine flexible Anzahl von Regionalkreisen in den Grenzen der vier Planungsregionen aus, welche in der Lage sind, weitere Landesaufgaben zu übernehmen.

Die im Bericht enthaltene Forderung nach Gleichzeitigkeit von Funktional- und Gebietsreform entspricht der Position der LINKEN. Hingegen will DIE LINKE dabei ausdrücklich Bürgerinnen und Bürger aktiv einbeziehen.

Dass der Gemeindereform eine Freiwilligkeitsphase vorgeschaltet werden soll, entspricht der Position der LINKEN. Sie nimmt allerdings keine Festlegung auf ein Jahr vor.

Gemeinsamkeiten gibt es zudem bei Gemeindeneugliederungen über bisherige Landkreise hinaus, der Schaffung finanzieller Anreize von freiwilligen Gemeindeneugliederungen, des gleichen Zeitpunkts der gesetzlichen Gemeinde- und Gebietsreform, des Beschlusses eines Vorschaltgesetzes durch den Landtag und eines möglichen Personalabbaus durch Altersabgänge. ■



Großes mediales Interesse gab es für die Pressekonferenz mit Bodo Ramelow, Frank Kuschel und Michael Menzel am 19. Februar in der Landtagsfraktion.

Frank Kuschel: DIE LINKE will Regionalkreise

In der Landtagsdebatte am 15. Februar zum Gutachten zur Funktional- und Gebietsreform hatte Frank Kuschel für die Linksfraktion das Wort ergriffen und u.a. erklärt:

„Aber hier wieder ein Schreckgespenst an die Wand zu malen und Bedenken zu formulieren, dass kulturelle Identität verloren ginge, wenn wir etwas an den Strukturen der Landkreise ändern, das sehen wir anders. Im Übrigen, DIE LINKE - ich wiederhole das seit Jahren und werde nicht müde, es immer wieder zu wiederholen - will keine größeren Landkreise, sondern sie will andere Kreise, nämlich Regionalkreise, das heißt Kreise mit einem anderen Aufgabenkatalog, Kreise mit einer anderen Finanzierungsgrundlage.“

Natürlich erfüllt ein Teil der Landkreise in der jetzigen Aufgabenstruktur seine Aufgaben auch effizient, das ist unstrittig. Wenn ich aber dem Landkreis andere Aufgaben zuordnen will, muss ich entscheiden, ob das in der jetzigen Struktur geht. Und da sind wir zu der Feststellung gekommen, dass es nicht geht. Wenn wir tatsächlich Regionalkreise wollen, Regionalkreise, in denen beispielsweise kein Publikumsverkehr mehr stattfindet, die nur noch im Hintergrund Dienstleistungsfunktion wahrnehmen, in denen also die kommunalen Aufgaben, die jetzt noch bei den Landkreisen sind, den Gemeinden zugeordnet werden und der Bürgerinnen und Bürger alles in ihrer Gemeinde erledigen können und gar nicht mehr feststellen, ob eines dieser Dinge, die sie in einer Gemeinde erledigen, dann dem Regionalkreis zur Erledigung weitergeleitet wird, wenn wir das wollen, müssen wir über die Landkreisstruktur einfach nachdenken. Und wir wollen die Landesverwaltung modernisieren und auf die neuen Herausforderungen ausrichten. Da halten wir die jetzige Dreistufigkeit nicht für das richtige Konzept, sondern wir wollen schrittweise zur Zweistufigkeit im Grundsatz übergehen. Das heißt nicht, dass es die eine oder andere Sonderlandesbehörde noch geben kann. Aber wenn man das will, muss man einfach entscheiden, was mit den Aufgaben wird. Wir sagen, im Grundsatz sollen diese Aufgaben kommunalisiert werden und auch da muss entschieden werden, ob das in der jetzigen Struktur mit 17 Landkreisen, sechs kreisfreien Städten geht, und da sagen wir Nein. Im Übrigen braucht man bei den Regionalkreisen, weil da kein Publikumsverkehr mehr stattfindet, auch kein neues Landratsamt zu bauen und was da immer in der Diskussion ist, oder andere Landratsämter sind dann leere Gebäudehüllen, sondern es bleibt alles beim Alten. Wir müssen nur entscheiden oder einen Vorschlag machen - wir wollen, dass das die neuen Kreistage entscheiden und die Bürgerinnen und Bürger -, wo der Landrat oder die Landrätin ihren Sitz haben. Also es geht nur noch um den Dienstsitz, um mehr nicht. Es geht aber nicht darum zu bestimmen, wo die Verwaltung sitzt und wo der Bürger dann sozusagen hin müsste, um eine Angelegenheit des Regionalkreises zu entscheiden. Das ist dann Geschichte. ■

erinnen und Bürger alles in ihrer Gemeinde erledigen können und gar nicht mehr feststellen, ob eines dieser Dinge, die sie in einer Gemeinde erledigen, dann dem Regionalkreis zur Erledigung weitergeleitet wird, wenn wir das wollen, müssen wir über die Landkreisstruktur einfach nachdenken. Und wir wollen die Landesverwaltung modernisieren und auf die neuen Herausforderungen ausrichten. Da halten wir die jetzige Dreistufigkeit nicht für das richtige Konzept, sondern wir wollen schrittweise zur Zweistufigkeit im Grundsatz übergehen. Das heißt nicht, dass es die eine oder andere Sonderlandesbehörde noch geben kann. Aber wenn man das will, muss man einfach entscheiden, was mit den Aufgaben wird. Wir sagen, im Grundsatz sollen diese Aufgaben kommunalisiert werden und auch da muss entschieden werden, ob das in der jetzigen Struktur mit 17 Landkreisen, sechs kreisfreien Städten geht, und da sagen wir Nein. Im Übrigen braucht man bei den Regionalkreisen, weil da kein Publikumsverkehr mehr stattfindet, auch kein neues Landratsamt zu bauen und was da immer in der Diskussion ist, oder andere Landratsämter sind dann leere Gebäudehüllen, sondern es bleibt alles beim Alten. Wir müssen nur entscheiden oder einen Vorschlag machen - wir wollen, dass das die neuen Kreistage entscheiden und die Bürgerinnen und Bürger -, wo der Landrat oder die Landrätin ihren Sitz haben. Also es geht nur noch um den Dienstsitz, um mehr nicht. Es geht aber nicht darum zu bestimmen, wo die Verwaltung sitzt und wo der Bürger dann sozusagen hin müsste, um eine Angelegenheit des Regionalkreises zu entscheiden. Das ist dann Geschichte. ■



„Süße Provokation“, so hatte die Nachrichtenagentur dpa ihre Meldung zum Geschenk der LINKE-Fraktion für Innenminister Jörg Geibert (CDU) zum 50. Geburtstag überschrieben. Frank Kuschel habe beim Konditoren-Innungsmeister eine Schokoladen-Kirschtorte mit einem Gebietsreform-Vorschlag der Fraktion in Auftrag gegeben: Unter dem Glückwunschtext in Zuckerguss zierte die Torte die vier Planungsregionen in Thüringen.

Foto: Frank Kuschel

Regionalkonferenzen

Mit Blick auf die laufende Debatte zur Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen, die in Teilen auch stark emotional geprägt ist, betonte Frank Kuschel: „Es ist daher umso notwendiger, von Anfang an mit den Betroffenen den Dialog zu führen. Wir beginnen damit im Rahmen von Regionalkonferenzen in den vier Thüringer Planungsregionen.“

Für die Region Mittelthüringen fand die erste Konferenz am 25. Februar in Arnstadt statt.

Weitere Konferenzen, die in Zusammenarbeit mit dem Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. durchgeführt werden:

Region Nordthüringen:

Nordhausen, Dienstag, 5. März, 17.00, Museum Tabakspeicher

Region Ostthüringen:

Triptis, Donnerstag, 14. März, 17.00, Mandys Kantine, Burkhardtstraße 31

Region Südwestthüringen:

Walldorf, Dienstag, 9. April, 17.00, Kulturzentrum Kressehof

Unter dem Button „Zukunftsperspektive Thüringer Verwaltung“ können auf der Internetseite der Fraktion Stellungnahmen, Dokumente, Berichte usw. nachgelesen werden. Hier sollte auch die Möglichkeit, sich an der Diskussion über die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform zu beteiligen, genutzt werden. www.die-linke-thl.de ■